

# Die Schweiz im Ersten Weltkrieg

Ausgelöst durch die Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajewo, brach mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien am 28. Juni 1914 der Erste Weltkrieg aus, der als «Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts» in die Geschichte einging. Auf Grund bestehender Bündnisse lagen innert weniger Tage die Mittelmächte (Österreich und Deutschland) mit der Entente (Frankreich, England, Russland, Serbien und Montenegro) im Krieg. Im Verlauf des Krieges schlossen sich die Türkei und Bulgarien den Mittelmächten und Italien und die Vereinigten Staaten den Alliierten an. Am Ersten Weltkrieg waren 40 Staaten beteiligt und 70 Millionen Menschen standen unter Waffen. Bis zum Waffenstillstand am 11. November 1918 hatten 17 Millionen Menschen ihr Leben verloren. **Thomas M. Studer, Stefanie Magel**



1. Die Schweiz ist umschlossen: Militärbündnisse im Jahr 1914.

Obschon die Schweiz im Ersten Weltkrieg von einem militärischen Angriff verschont blieb, hatte die Bevölkerung unter seinen Auswirkungen zu leiden. Die Abhängigkeit der Schweiz vom Aussenhandel führte wegen der Kriegshandlungen und der wirtschaftlichen Blockade zu Versorgungsengpässen. Es kam zu einem rapiden Anstieg der Preise, der nicht über steigende Löhne ausgeglichen wurde. Ausserdem mussten die Männer ihren Militärdienst leisten, ohne dafür einen Lohnausgleich zu bekommen. Dies trug zur Zunahme von sozialen Konflikten bei, die

sich schliesslich im Landesstreik von 1918 entluden, der das politische Klima nachhaltig beeinflusste.

## Die wirtschaftliche Kontrolle der Kriegsparteien über die Schweiz

Um zu verstehen, wieso die Schweizer Bevölkerung stark unter den Auswirkungen des Krieges litt, muss man sich die Situation der Schweizer Wirtschaft am Vorabend des Ersten Weltkrieges vergegenwärtigen. Damals war die Schweiz bereits stark mit der Weltwirtschaft verflochten. Zu den wichtigs-

ten Industrien gehörten die Luxusgüterhersteller der Textil- und der Uhrenindustrie, deren Produkte zum grössten Teil in das Ausland verkauft wurden. Die Landwirtschaft war auf Käse und andere Milchprodukte spezialisiert und daher darauf angewiesen, einen Grossteil ihrer Erzeugnisse zu exportieren. Gleichzeitig wurden rund zwei Drittel des Bedarfs an Nahrungsmitteln importiert. Auch die Industrie war wegen der Ressourcenarmut der Schweiz von Importen abhängig. Wichtige Rohstoffe, wie Stahl, Seide, Baumwolle und die als Energieträger

unverzichtbare Kohle, bezog man aus dem Ausland.

Trotz dieser Abhängigkeit vom Ausland und von intakten Handelswegen herrschte in der Schweiz die Meinung vor, dass die wirtschaftliche Tätigkeit bei einem Kriegsausbruch – wenn auch unter Störungen – mehr oder weniger wie gewohnt weitergeführt werden kann. Auch die Ansicht, dass ein allfälliger Krieg nur von kurzer Dauer sein würde, war weit verbreitet. Diese beiden Umstände haben dazu beigetragen, dass die Schweiz nur sehr schlecht auf den Krieg vorbereitet war. Einzig mit der Getreideversorgung hatte sich der Bundesrat 1912 befasst und festgelegt, dass für die Versorgung der Armee Vorräte für 60 Tage eingelagert sein müssen. Als der Krieg ausbrach, stellte sich jedoch bald heraus, dass diese Annahmen falsch waren. Schon bald mangelte es am Nötigsten und je länger der Krieg dauerte, desto wichtiger wurde die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln und kriegswichtigen Rohstoffen und Produkten. Die Kriegsparteien hatten ein Interesse an der Unterbrechung der Rohstoffversorgung des Gegners. Zu Beginn des Krieges waren es die Engländer, die ihre überlegene Seemacht nutzten, um gegen Deutschland eine wirtschaftliche Blockade durchzusetzen. Im weiteren Verlauf des Krieges beteiligte sich auch das verbündete Frankreich an den wirtschaftlichen Sanktionen. Keine Waren sollten über den Seeweg mehr nach Deutschland gelangen, auch nicht indirekt über neutrale Staaten wie die Schweiz. Die Engländer gingen so weit, jedes Unternehmen und alle Personen, die in wirtschaftlicher Verbindung mit den Gegnern standen, zum Feind zu erklären. Die Liste der Konterbande (kriegswichtige Güter, die nicht von neutralen Schiffen mitgeführt werden durften) wurde stetig erweitert, bis sie fast alle Nahrungsmittel und lebensnotwendigen Gebrauchsgegenstände umfasste. Da für die Schweiz Warenbezüge nur über das Gebiet der Kriegsparteien möglich war (mit dem Kriegseintritt Italiens im Mai 1915 war die Schweiz von kriegführenden Staaten umgeben) und vieles aus Übersee eingeführt werden musste, wurde es immer schwieriger, dringend benötigte Güter zu beschaffen. Im Oktober 1915 musste sich die Schweiz auf Druck der Engländer mit der Einführung einer Wirtschaftskontrollstelle, der Société suisse de surveillance économique (SSS), abfinden.

Nach Aussen war die SSS eine offizielle Institution, die ausschliesslich über Schweizerische Mitarbeiter verfügte – faktisch wur-



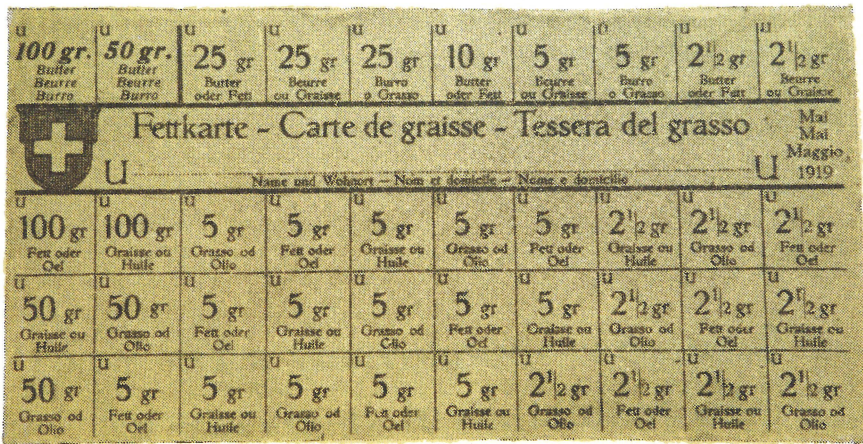
2. Über die Société suisse de surveillance économique kontrollierte die Entente den Aussenhandel der Schweiz.

de sie jedoch von der Entente geführt, die damit den Schweizer Aussenhandel kontrollierte. Die Engländer setzten von Beginn an weitreichende Forderungen durch, wie etwa die Einsetzung eines Sachverständigen, der das Recht auf Einblick in die Geschäftsbücher von Schweizer Firmen hatte. Dennoch geschah es, dass Schweizer Unternehmen bei der einen Kriegspartei Rohstoffe kauften, um diese weiterzuverarbeiten und mit grossem Gewinn an den Gegner zu verkaufen. Dies führte zu Konflikten mit der Entente, die unbedingt verhindern wollte, dass von ihr gelieferte Rohstoffe oder Waren in irgendeiner Form über die Schweiz zu den Zentralmächten gelangten. Die Vorschriften wurden mit dem Voranschreiten des Krieges immer strenger. Besonders in England wurde die Schweiz verdächtigt, mit Deutschland zusammenzuarbeiten und entgegen den Anordnungen der SSS Waren an Deutschland zu liefern. Um die zu verhindern, liessen die Engländer immer weniger Rohstoffe und Nahrungsmittel in die Schweiz durch, was verheerende Folgen für die Versorgung der Schweizer Bevölkerung hatte.

Bereits wenige Monate vor der Einführung der SSS, im Juni 1915, hatte Deutschland die Gründung der Treuhandstelle Zürich für die Einfuhr deutscher Waren durchgesetzt, deren Ziel es umgekehrt war, zu verhindern, dass deutsche Waren über Schweizer Unternehmen an die Entente geliefert wurden. Die Deutschen waren in ihren Kontrollen und Massnahmen allerdings weniger streng. Erst gegen Ende des Krieges, im Sommer 1918, wurde die Treuhandstelle Zürich in die «Schweizeri-

sche Treuhandstelle für Überwachung des Warenverkehrs» umgewandelt, die gleich aufgebaut war wie die SSS. Diese war jedoch nur noch kurze Zeit in Betrieb, da der Krieg kurz vor seinem Ende war. Weit schlimmere Folgen als die direkte wirtschaftliche Kontrolle durch die Treuhandstelle hatte die Antwort Deutschlands auf die Seeblockade Englands. Deutschland führte ab 1917 den «uneingeschränkten U-Boot-Krieg». Dies bedeutete, dass es alle feindlichen Kriegs- und Handelsschiffe, die sich in einer «Sperrzone» um Frankreich, England und Italien befanden, ohne Vorwarnung beschoss. Auch neutrale Schiffe, die das Sperrgebiet befuhren, taten dies fortan auf eigene Gefahr. Dies hatte zur Folge, dass die Schweiz praktisch von der Getreidezufuhr abgeschnitten war, denn Getreide konnte mittlerweile nur noch aus den Vereinigten Staaten und Südamerika bezogen werden. Egal, woher die Waren kamen, je länger der Krieg dauerte, desto teurer wurde ihre Beschaffung und damit die Waren selbst. Im Vergleich zu 1913 war 1917 die mengenmässige Einfuhr von Rohstoffen um 45% zurückgegangen, die der Waren und Lebensmittel um mehr als 50%.

Der Bundesrat reagierte erst spät auf die Missstände und die getroffenen Massnahmen vermochten kaum Wirkung zu zeigen. Obschon sich bald eine lange Kriegsdauer abzuzeichnen begann, wurde erst 1917, als die Not und der Hunger bereits gross waren, schrittweise die Rationierung der wichtigsten Grundnahrungsmittel eingeführt. Diverse Nahrungsmittel konnten nur noch mit Lebensmittelkarten bezogen werden, die vom Bund ausgegeben wurden, daneben



3. Die «Fettkarte», die den Bezug von Butter, Fett und Öl regelte.

gab es noch kantonale Rationierungen. Zum Beispiel konnte man in Zürich noch 225 Gramm Brot und 5 Deziliter Milch pro Tag und 150 Gramm Butter, 350 Gramm Fett, 250 Gramm Käse, 200 Gramm Teigwaren und 300 Gramm Reis im Monat beziehen. Ebenfalls 1917 wurde die «Abteilung für Industrielle Kriegswirtschaft des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements» geschaffen, die sich um die Versorgung der Bevölkerung sowie den Import und Export kümmern sollte. Die Organisation war bei ihrer Gründung viel zu klein und musste fortlaufend ausgebaut werden.

Bei den Exporten sah die Lage anders aus. Nach einem Rückgang bei Kriegsbeginn schaffte es die Wirtschaft, sich den neuen Umständen anzupassen, und bald exportierte sie in einigen Bereichen mehr als vor dem Krieg. Die Kriegsparteien waren auf die Fabriken in der Schweiz angewiesen. Besonders die kriegswichtigen Industrien, wie die Metall- und Maschinenindustrie und die chemische Industrie, konnten von einer gestiegenen Nachfrage und hohen Abnahmepreisen profitieren. Ihre Exporte waren praktisch nur durch den Rohstoffmangel begrenzt. Auch die Bauern gehörten zu den Gewinnern, sie konnten ihre Produkte teurer verkaufen, da der Bedarf an Lebensmitteln gross war. Diese Entwicklung ging so weit, dass die Inlandsversorgung unter den hohen Exporten litt, wie es zum Beispiel bei der Baumwolle oder beim Export von Milchprodukten (den der Bund erst spät untersagte) der Fall war. So konnten einige

Unternehmer, die man als «Kriegsgewinnler» bezeichnete, jährlich steigende Gewinne verzeichnen und beachtliche Vermögen anhäufen. Die Massnahmen des Bundes gegen Spekulation und Hamsterei hatten nur bescheidene Auswirkungen. Dieser Missstand trug zur Entstehung von sozialen Problemen bei, wie im nächsten Abschnitt näher ausgeführt wird.

### Die Kumulierung der sozialen Probleme

Während einige Unternehmer riesige Kriegsgewinne erwirtschafteten, litten besonders die Angestellten und die Arbeiterschaft unter den Folgen des Krieges. Hier tat sich eine immer grösser werdende Kluft auf, die zu sozialen Spannungen führte. In vielen Branchen, die nicht vom Kriegsaufschwung profitierten, kam es zu Lohnkürzungen, und wo nicht genügend Rohstoffe vorhanden waren, mussten die Produktion eingestellt und die Arbeiter entlassen werden. Während des Militärdienstes, der durchschnittlich 500 Tage dauerte, bekamen die Soldaten nur einen geringen Sold und keinen Lohnausgleich. Gleichzeitig wurden neue Steuern eingeführt und bereits bestehende erhöht, um die Kosten des Grenzschutzes zu bezahlen. Die Bevölkerung kämpfte auch mit den Folgen der kriegsbedingten Inflation: Zwischen 1914 und 1918 hatten sich die Konsumentenpreise mehr als verdoppelt. Gegen Ende des Krieges bezog ein Sechstel



4. An der Uraniastrasse in Zürich wurde der Bevölkerung verbilligte Kartoffeln abgegeben (1917).



5. Karikatur im «Nebelspalter»: «Das Schweizerische Kriegssteuer-Alpdrücken» (17.10.1914).

der Schweizer Bevölkerung Notstandsunterstützung, in den grossen Städten waren es mehr.

Als Reaktion auf die Missstände begannen die Arbeitnehmer, sich zu organisieren. Die Sozialdemokratische Partei (SP), der Gewerkschaftsbund und die Angestelltenverbände verzeichneten einen regen Zufluss. Die SP wurde immer militanter und der Klassenkampf und die Kritik am Militär zu ihrem zentralen Thema. Gegen Ende des Krieges wurden die Spannungen immer grösser und es kam vermehrt zu Protesten der Arbeiterschaft. Es wurde gestreikt und gegen den Hunger und die Teuerung demonstriert. In Erwartung von Unruhen liess die Armeeführung auf Anordnung des Bundesrates bewaffnete Truppen in Zürich

einmarschieren, was bei der Arbeiterschaft grosse Empörung hervorrief. Dies war der Auslöser dazu, dass das aus SP und Gewerkschaftsvertretern bestehende Oltener Aktionskomitee für den 9. November 1918 zu einem Proteststreik aufrief. In 19 Industriezentren der Schweiz wurde die Arbeit niedergelegt. In Zürich wurde der Streik am folgenden Tag fortgeführt, dort wollte man so lange demonstrieren, bis das Militär wieder abgezogen war. Schliesslich kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Militär. Bei einer Schiesserei auf dem Fraumünsterplatz wurden vier Zivilisten verletzt und ein Soldat getötet. Daraufhin rief das Oltener Aktionskomitee einen landesweiten Generalstreik aus.

Die Forderungen der Streikenden zielten in verschiedene Richtungen. Zum einen sollte mit der Einführung der AHV und der 48-Stunden-Woche und dem Ausbau der Lebensmittelversorgung die soziale Lage verbessert werden. Daneben wurden auch politische Forderungen gestellt, wie die Neuwahl des Nationalrates nach dem Proporzsystem und die Einführung des Frauenstimmrechts. Dem Streikaufruf folgten 250 000 Arbeiter. Demonstriert wurde hauptsächlich in der Deutschschweiz, in der französischen und italienischen Schweiz waren die Arbeiter zurückhaltender. Am 13. November, dem zweiten Streiktag, stellte der Bundesrat ein Ultimatum an die Streikleitung und forderte

den sofortigen Streikabbruch. Bereits wenige Stunden später kam die Streikleitung der Forderung nach. Obwohl der Landesstreik weitestgehend ruhig verlief, war es zu Zwischenfällen zwischen den Streikenden und der Armee gekommen. Am gravierendsten war die Situation in Grenchen, wo drei flüchtende Demonstranten erschossen wurden.

Historiker beurteilen den Landesstreik als wichtigste gesellschaftspolitische Auseinandersetzung der schweizerischen Zeitgeschichte und schwerste politische Krise des Bundesstaates. Damals war auf der Seite der Linken die Enttäuschung über die Kapitulation gross. Aus heutiger Sicht kann gesagt werden, dass die Gewerkschaftsvertreter in den kommenden Jahren eine wichtigere politische Rolle einnahmen, sie wurden von der Politik und der Wirtschaft vermehrt in die Entscheidungsprozesse integriert. Der Landesstreik hatte auch unmittelbare positive Folgen, wie die Einführung der 48-Stunden-Woche im Jahr 1919. Dies war eine massive Arbeitszeitverkürzung, zuvor betrug die wöchentliche Arbeitszeit 59 Stunden. 1919 wurde schliesslich auch das Gesetzgebungsrecht zur Einführung der AHV geschaffen. Weiter konnte die Forderung nach der Einführung des Proporzwahlsystems durchgesetzt werden. Dadurch konnte die SP ihre Vertretung im Nationalrat bei den Wahlen 1919 von 20 auf 41 Sitze erhöhen. Allerdings konnte die SP nicht direkt davon profitieren,

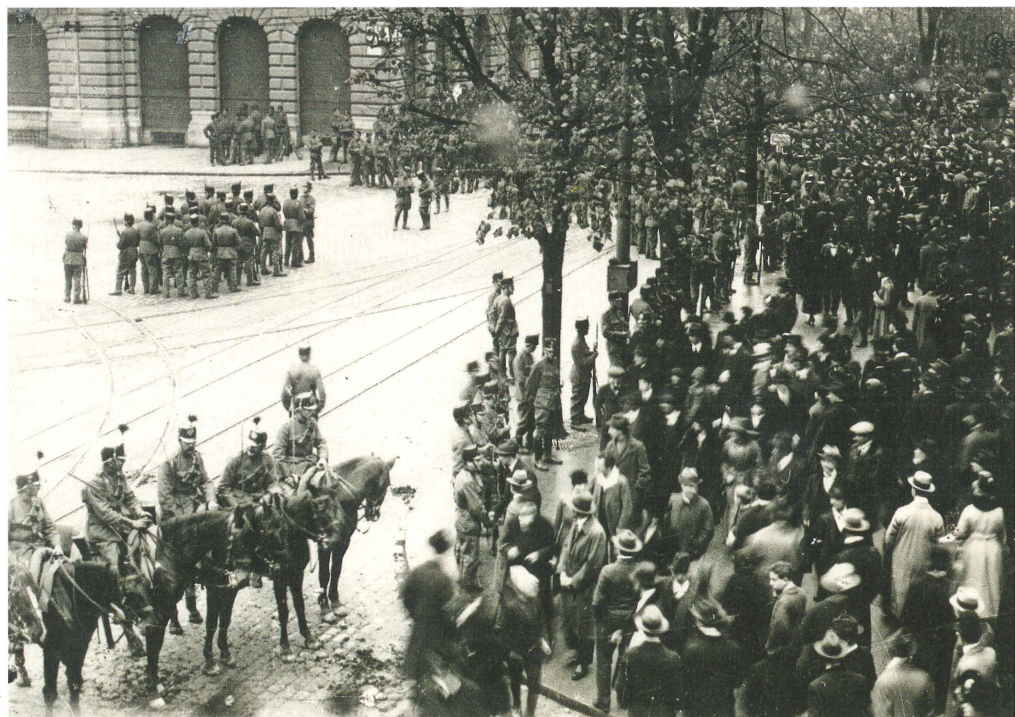
## An die Einwohnerschaft der Stadt Zürich.

Unsere Truppen sind mit Handgranaten ausgerüstet. Sie haben Befehl sie zu gebrauchen, wenn aus Fenstern und Kellerlöchern geschossen wird. Die Truppe weiss, dass auf blosser Vermutung hin, dass aus einem Fenster geschossen worden sei, keine Handgranate verwendet werden darf. Wo aber einwandfrei feststeht, dass aus Häusern geschossen worden ist, wird das Handgranatenwerfen zur befohlenen Pflicht.

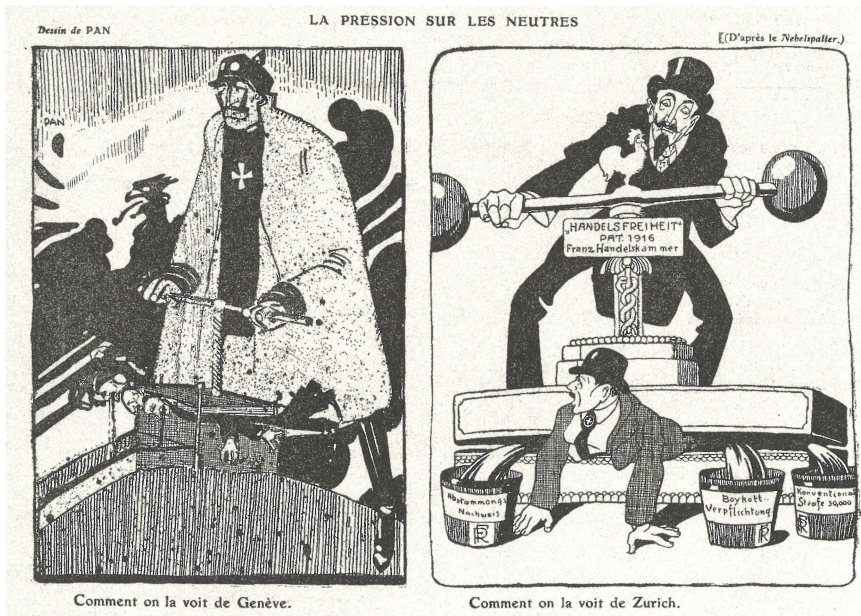
Zürich, 11. November 1918.

Kommando der Ordnungstruppen  
für Zürich:  
Oberstdivisionär Sonderegger.

6. Zu Beginn des Landesstreiks wurde in Zürich der «Handgranatenbefehl» ausgehängt.



7. Der Landesstreik in Zürich: Auf dem Paradeplatz steht das Militär den Streikenden gegenüber (1918).



8. Rechts die Wahrnehmung des Wirtschaftskrieges aus Sicht des Deutschschweizer «Nebelspalter», links die Antwort der Westschweizer Satirezeitschrift «L'Arbalète» (1917).

da sich die bürgerlichen Parteien zum sogenannten Bürgerblock zusammenschlossen. Damit war die SP politisch isoliert, dem Bürgerblock gegenüber war sie in der Minderheit und damit von einer Beteiligung an der Regierung ausgeschlossen.

### Der Graben zwischen den Romands und den Deutschschweizern

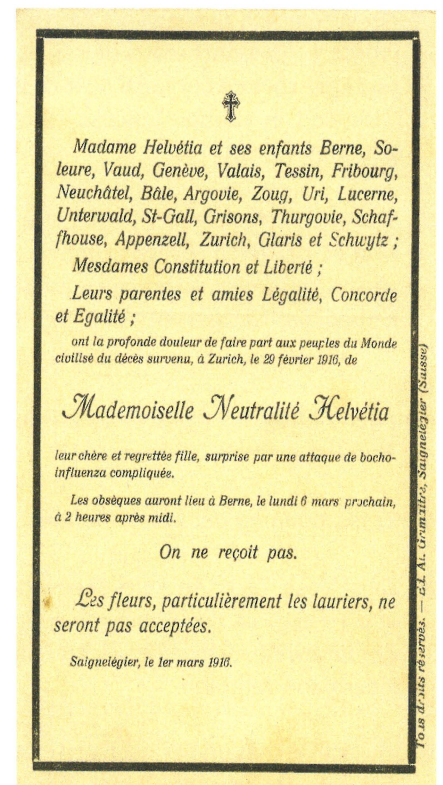
Der Erste Weltkrieg führte auch zu grossen Spannungen zwischen den Landesteilen. Während man in der Deutschschweiz eher mit dem Deutschen Reich sympathisierte, stand die französische Schweiz eher Frankreich nahe. Dabei durften die Sympathien für die jeweiligen Nachbarländer etwa gleich gross gewesen sein. Im Verlaufe des Krieges schürten verschiedene Ereignisse den Konflikt und da die Romands in der Minderheit waren, fühlten sie sich im Laufe des Krieges immer häufiger benachteiligt und übergangen. Auf der anderen Seite war in der Deutschschweiz das Gefühl einer gewissen Überlegenheit stark verbreitet. Auf beiden Seiten wurde das Unverständnis über die Haltung des anderen Landesteils immer grösser und entwickelte sich zu einem Graben, der in der Berichterstattung der Zeitungen der jeweiligen Sprachregionen besonders deutlich zum Ausdruck kam.

Gleich zu Beginn des Krieges brüskierte der Bundesrat die Welschen und die Sozialdemokraten, als er trotz ihres Widerstands Ulrich Wille zum General wählte. Der deutschstämmige Wille galt – wie auch andere hohe Armeeangehörige und einige

Bundesräte – als deutschfreundlich. Dies zeigte sich deutlich in einem Brief, den Wille im Jahr 1915 dem damaligen Bundesrat Hoffmann schrieb – und der seinen Weg in die Presse fand. Darin nahm Wille zu seiner Sicht der Lage Stellung und erklärte seine Bereitschaft, an der Seite des potenziellen Siegers – und der hiess Deutschland – in den Krieg zu ziehen. Im Brief stand, dass er die Erhaltung des Friedens als oberstes Gebot erachte, dass er aber: «[...] wenn die Erhaltung unserer Selbstständigkeit und Unabhängigkeit dies erfordert, den gegenwärtigen Moment für das Eintreten in den Krieg als vorteilhaft erachte.»

Im Januar 1916 wurde bekannt, dass zwei Generalstabsobere der Schweizer Armee wichtige Informationen an die Mittelmächte weitergaben. General Wille wollte den Ruf der Armee schützen und war darauf bedacht, die Affäre möglichst diskret beizulegen. Erst auf Druck des Parlamentes und der Presse wurde den Generalstabsobere der Prozess gemacht. Das Militärgericht enthub sie ihrer Funktion und verurteilte sie zu zwanzig Tagen scharfem Arrest. In der Deutschschweizer Presse wurde die sogenannte «Oberstenaffäre» weit weniger thematisiert als im Welschland und deren Tragweite heruntergespielt. In der französisch- und italienischsprachigen Schweiz war man über die Milde des Urteils enttäuscht, was eine Vertrauenskrise auslöste. Es fanden mehrere Protestkundgebungen statt, wobei Kritik an der neutralitätswidrigen Haltung der Armee und an der Regierung geübt wurde. Das Gefühl, dass ein tiefer Graben

die Sprachregionen trennt, verstärkte sich. Der Graben wurde tiefer, als der damalige Bundesrat Arthur Hoffmann versuchte, sich selbstständig in den europäischen Friedensprozess einzuschalten. Er wirkte auf einen Separatfrieden zwischen Deutschland und Russland hin und gab in diesem Zusammenhang Informationen über die Kriegsziele der kriegführenden Länder weiter. Hoffmanns Nachricht wurde abgefangen und publik gemacht. Die Alliierten übten scharfe Kritik, sie betrachteten den Vorstoss Hoffmanns als schwere Verletzung der Neutralität. Auch in der Schweiz wurde dieser Vermittlungsversuch als Neutralitätsverletzung zugunsten Deutschlands verstanden, wobei heute viele Historiker der Ansicht sind, dass sein Motiv eher die Hoffnung auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Schweiz gewesen sein durfte. In der Westschweiz und im Tessin fanden Kundgebungen statt, um die Landesregierung an ihre Verpflichtung zur Neutralität zu erinnern. Als Hoffmann, der nicht mehr die volle Unterstützung im Bundesrat genoss, zurücktrat, nahmen die Demonstrationen ein rasches Ende. An seiner Stelle wurde der Genfer IKRK-Präsident Gustave Ador in den Bundesrat gewählt. Er sympathisierte mit der Entente, was die Westschweizer Bevölkerung zufriedenstellte und die Alliierten beruhigte.



9. Eine satirische Reaktion auf die Oberstenaffäre: In einer welschen Zeitung wurde eine Todesanzeige für die Schweizer Neutralität veröffentlicht (1. März 1916).

# Fragen

1. «Wer konnte in den Augusttagen des Jahres 1914 ahnen», schrieb der Bundesrat im Februar 1916 in einem Bericht, «dass neben dem blutigen Kriege in Waffen ein zweiter, wirtschaftlicher Krieg zwischen den sich gegenüberstehenden Staatengruppen von gleicher Heftigkeit und Leidenschaftlichkeit entbrennen werde und dass in diesen Krieg die neutralen Staaten mit hineingezogen werden?» Interpretiert und diskutiert dieses Zitat in Gruppen. Was wird unter einem Wirtschaftskrieg verstanden?
2. Was für Rohstoffe kennst du? Welche davon kommen in der Schweiz vor und welche müssen importiert werden? Wie sieht die Situation bei den Lebensmitteln aus: Was für Schweizer Produkte findest du heute in der Migros? Welche Lebensmittel werden importiert, welche Produkte exportiert?
3. Bald nach Kriegsbeginn verkündete der englische Minister Winston Churchill: «Wir werden auch den letzten Neutralen zwingen, an die Seite des Dreierverbandes [der Entente] zu treten.» Was für Möglichkeiten hatte Churchill, die Neutralen zu zwingen, sich der Entente anzuschliessen?
4. «Sodann erliess der Bundesrat das Verbot des Verkaufes von frisch gebackenem Brot mit Wirkung ab 15. Februar 1917. Ein Bundesratsbeschluss vom 18. Juni verschärfte diese Massnahme in dem Sinne, dass von nun an nur noch der Verkauf von zweitägigem (vorgestrigem) Brot gestattet wurde, [...]» Mancherorts betrug der Verbrauch in Hotels und Wirtschaften nur noch 40% des Vorkriegsverbrauchs. Diskutiert in Gruppen, wieso eine solche Massnahme getroffen wurde.
5. Diskutiert folgende Verfügung des Bundesrates. Wieso kam es zu Rationierungen und was hat man sich davon versprochen? Was waren die Auswirkungen für die Bevölkerung, das Gastgewerbe und den Tourismus?

«Auf den Antrag des Volkswirtschaftsdepartements verfügte der Bundesrat am 23. Februar 1917

## Die Einschränkung der Lebenshaltung:

- a) Fleischlose Tage. An zwei Tagen der Woche (Dienstag und Freitag) ist der Genuss von Fleisch von Haustieren des Rindvieh-, Schweine-, Schaf- und Pferdegeschlechts jedermann verboten.
  - b) In Gasthäusern und Wirtschaften darf mit einer Mahlzeit nur eine Fleischspeise oder eine Eierspeise genossen werden. Die Kantonsregierungen oder von denselben bezeichnete Stellen können für besondere Festlichkeiten Ausnahmen von den Bestimmungen gestatten. Solche sind auch für Spitäler und Sanatorien vorgesehen.
- c) Der Verkauf von Rahm wird allgemein verboten, insbesondere auch die Abgabe von Schlagsahne in jeder Form in Gasthäusern und Konditoreien.

## Vorschriften für die Betriebe des Gastgewerbes

- d) Mit Kaffee oder Tee dürfen pro Portion nicht mehr als 15 Gramm Zucker verabreicht werden. Auch ist die Verwendung von Zucker zum Glacieren verboten.
  - e) Butter darf nur noch zum ersten Frühstück oder zu Zwischenmahlzeiten verabreicht werden, wenn kein Fleisch verzehrt wird. Hors d'œuvres mit Butter sind untersagt, ebenso die Abgabe von Butter und Käse, z. B. zum ersten Frühstück.
  - f) Mit Rücksicht auf die geringen Eierbestände ist die Herstellung von Eierteigwaren verboten. Der Vollzug dieses Beschlusses ist Sache des Volkswirtschaftsdepartements; zur Durchführung sowie zur Verfolgung und Beurteilung von Zuwiderhandlungen gemäss der im Beschlusse enthaltenen Strafbestimmungen sind die kantonalen Verwaltungs- und Polizeiorgane zuständig. Die Verfügung tritt am 5. März 1917 in Kraft.»
6. In Zürich Wipkingen wurde 1919 der sogenannte Hungerbrunnen aufgestellt, der an das Elend der Bevölkerung im Ersten Weltkrieg erinnern soll. Auf ihm wurden die Rationen festgehalten, welche die Schweizer Bevölkerung beziehen konnte: 225 Gramm Brot und 5 Deziliter Milch pro Tag, weiter 150 Gramm Butter, 350 Gramm Fett, 250



10. Der Hungerbrunnen von Zürich. Als Inschrift trägt er auf der einen Seite die Rationen für die Schweizer Bevölkerung während des Ersten Weltkriegs, auf der anderen Seite den Wert eines Schweizer Franks, ausgedrückt in Lebensmitteln im Jahr 1914 und 1918.

Gramm Käse, 200 Gramm Teigwaren und 300 Gramm Reis im Monat. Auch der Wertzerfall des Schweizer Franks wird auf dem Hungerbrunnen dargestellt. Während des Krieges sind die Preise um mehr als das Doppelte angestiegen, ohne dass die Arbeiter mehr Lohn erhalten haben. Zudem hatte man wegen der neuen und der höheren bestehenden Steuern noch weniger Geld zur Verfügung. Was würde es für dich und deine Familie bedeuten, wenn sich alle Preise innert kurzer Zeit verdoppeln? Auf was müsstet ihr verzichten? Kannst du dir vorstellen, was es hiess, von diesen Rationen zu leben?

7. Wieso gelang es gewissen Unternehmen trotz der strengen wirtschaftlichen Kontrolle vom Krieg zu profitieren? In welchen Branchen waren sie tätig?
8. Was waren die Gründe, die zum Generalstreik führten? Was forderten die Streikenden? Welche unmittelbaren und langfristigen Auswirkungen hatte der Streik? Vergleiche die Situation eines Arbeiters von damals mit der von heute.
9. Wieso gab es Spannungen zwischen den verschiedenen Schweizer Landesteilen? Wie stehen sich die unterschiedlichen Sprachregionen heute gegenüber? Was für Unterschiede und Vorurteile kennst du?

**Literatur- und Veranstaltungshinweise**

- Insel der unsicheren Geborgenheit. Die Schweiz in den Kriegsjahren 1914–1918 (2. Aufl. 2014) von Georg Kreis. Erschienen im NZZ-Libro-Verlag.
- Geschichte der Schweiz (4. Aufl. 2012) und Schweizer Geschichte im Bild (2012) von Thomas Maissen. Beide Bücher sind im hier-+jetzt-Verlag erschienen.
- Geschichte der Schweiz und der Schweizer (4. Aufl. 2006) von Ulrich Im Hof et al. Erschienen im Schwabe-Verlag.
- Kostenlose Unterrichtskonzepte und -materialien für Lehrpersonen zum Thema Erster Weltkrieg finden sich auf der «History Helpline» der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz: [www.historyhelpline.ch](http://www.historyhelpline.ch).
- Die Wanderausstellung «14/18 – die Schweiz und der Grosse Krieg» wird vom Verein «Die Schweiz im Ersten Weltkrieg» kuratiert und in Basel, Zürich, St. Gallen, Neuenburg, Frauenfeld und Lausanne gezeigt. Die erste Station ist das Landesmuseum Zürich, wo die Ausstellung vom 28.8.2014 bis 26.10.2014 gastiert.

**Bildnachweis**

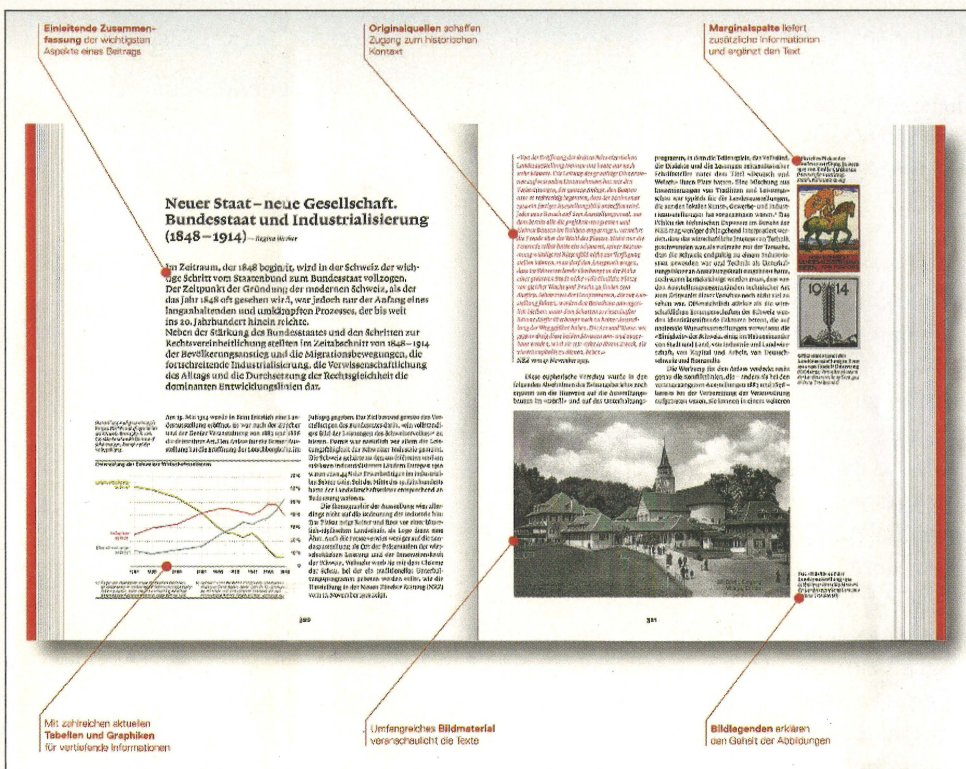
1. Militärbündnisse im Jahre 1914, Wikipedia
2. SSS, aus dem Rapport intérieur de la Société suisse de surveillance économique – 1915–1921, mit freundlicher Genehmigung der bspublish AG
3. Die Fettkarte aus dem Rapport intérieur de la Société suisse de surveillance économique – 1915–1921, mit freundlicher Genehmigung der bspublish AG

4. Uraniastrasse Zürich (verbilligte Kartoffelrationen), Stadtarchiv Zürich
5. «Nebelspalter» vom 17.10.1914: «Das Schweizerische Kriegssteuer-Alpdrücken», Zentralbibliothek Zürich, XXN 12 ao
6. Landesstreik, Handgranatenbefehl 1918, Stadtarchiv Zürich
7. Landesstreik, Zürcher Paradeplatz 1918, Stadtarchiv Zürich
8. «L'Arbalète» vom 15.01.1917: Unterschiedliche Wahrnehmung des Wirtschaftskrieges in der deutschen und französischen Schweiz, Schweizerische Nationalbibliothek (NB), Bern
9. Todesanzeige (Oberstenaffäre) 1. März 1916, Schweizerisches Sozialarchiv, F KA-0001-699
10. Der Hungerbrunnen in Zürich Wipkingen, Fotografien der Autoren

**Autor/-in**

**Thomas M. Studer** studierte Volkswirtschaft und Wirtschaftsgeschichte und Ökonomie an der Universität Zürich. Er ist wissenschaftlicher Assistent und Doktorand am ökonomischen Seminar der Universität Luzern.

**Stefanie Magel**, Master of Arts Universität Zürich in Wirtschaftsgeschichte und Ökonomie, Politik und Soziologie. Zurzeit leitet sie die Geschäftsstelle des Zürcher Heimatschutzes (ZVH).



**Ein neues Standardwerk für die Lehrerbibliothek**

**Die Geschichte der Schweiz**

Herausgegeben von Georg Kreis, Schwabe-Verlag, Basel 2014

650 Seiten, 350 farbige Abbildungen, Grafiken, Tabellen und Karten, CHF 128.–

Ein umfassendes Standardwerk für das Studium der Grundlagen der Geschichte der Schweiz von der Urzeit bis zur Gegenwart. Die chronologische Geschichte ist in 11 Epochenkapitel gegliedert. Dazu werden in 22 Beiträgen spezifische Blicke geworfen auf neuere historische Gebiete wie die Geschichte der Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen oder diejenige unseres gesellschaftlichen Verhältnisses zur Umwelt. Klassische Themen wie das Wehrwesen, die Geschichte der Neutralität oder der direkten Demokratie u. v. a. werden auf der Grundlage neuester Ergebnisse behandelt. Eine ausführliche Chronologie, Glossare, Register und eine allgemeine Bibliographie runden das herausragende Werk ab. HM